

Climática. Die übrigen sechs sind Rahmengesetze, *leis de bases*, mit jeweils unterschiedlichem Konkretisierungsgrad.

II. Inhalte der Gesetzesvorlagen

Bevor auf das Vorliegen gewisser Inhalte eingegangen wird, soll folgende rechtsvergleichende Anmerkung gewagt werden: die Vorteile von schlanken, möglichst kurzen Gesetzestexten, wie sie in Deutschland regelmäßig angestrebt werden, werden in der portugiesischen Gesetzestchnik vergleichsweise wenig verfolgt. Während das Deutsche Klimaschutzgesetz aus fünfzehn Paragraphen und drei Anlagen besteht, enthält die Gesetzesvorlage der Partei des derzeitigen Premierministers insgesamt 74 Paragraphen.

Pedro Nunes führte in die Inhalte der unterschiedlichen Gesetzesvorlagen ein, indem er aufzeigte, welche Rechtsinstrumente in welchen Vorlagen enthalten sind. Den jeweiligen politischen Visionen entsprechend, enthalten die Vorschläge entweder mehr marktorientierte Instrumente oder mehr staatliche Vorgaben.

Folgende Inhalte hob Nunes für die jeweiligen Entwürfe hervor: Die Grünen vertreten eine Unterstützung der Umweltschutzvereinigungen. Der linke Block möchte die kooperativen erneuerbarer Energien fördern. Die Partei des derzeitigen Premierministers sieht das Ende der Vermarktung von Fahrzeugen vor, die ausschließlich mit Verbrennungsmotoren laufen. Die Version der „Partei Personen, Tiere und Natur“ (PAN) sieht Mechanismen der Flexibilisierung, insbesondere den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen vor. Die portugiesische Schwesterpartei der deutschen CDU (PSD) setzt sich für die Finanzierung von Maßnahmen der Bewusstseinsbildung für den Klimaschutz ein. Der Vorschlag einer unabhängigen Abgeordneten sieht vor, Inlandsflüge durch Zugverbindungen zu ersetzen und Steuervergünstigungen im Flugverkehr abzuschaffen. Die Version einer weiteren unabhängigen Abgeordneten sieht Präventionspläne für Fälle von klimabedingten Naturkatastrophen vor. Der Entwurf der Kommunistischen Partei enthält eine Plattform für Information und Austausch über sämtliche, mit dem Klimaschutz zusammenhängende Initiativen.

III. Position der portugiesischen Nichtregierungsorganisation ZERO

Die Nichtregierungsorganisation (NRO), zu der sich *Pedro Nunes* zählt, vertritt, dass das portugiesische Klimagesetz einen Verweis auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen enthalten sollte. Fundamental sei es seiner Einschätzung nach des Weiteren, dass das Verursacherprinzip in Form von Abgaben für Treibhausgasemissionen in das Gesetz integriert wird. Seine NRO bevorzugt ein Gesetz, welches sich nicht für bestimmte Technologien ausspricht.

Pedro Nunes geht davon aus, dass es 2050 in der Europäischen Union Mitgliedsstaaten geben wird, die *de facto* klimaneutral sind, und andere, die noch daran arbeiten. Damit Portugal seinen globalen Beitrag leisten kann, dass Ziel des Übereinkommens von Paris zu erreichen, spricht sich seine NRO für ein

Reduktionsziel von 60% bis 2030 im Vergleich zu 2005 aus, und zwar ohne Senken für Treibhausgase in die Berechnungen miteinzubeziehen. Zu diesem Zweck sollen Emissionsmengen für jeweils fünf Jahre und sektorbezogen festgelegt werden. Flug- und Schiffstransport ab Portugal ist einzubeziehen.

Was die gesetzlichen Vorgaben für einen unabhängigen Klimarat betrifft, hält es seine Organisation für grundlegend, insbesondere die Unabhängigkeit dessen Mitglieder im Rahmengesetz ausdrücklich vorzusehen. Des Weiteren soll eine Klimaversammlung der BürgerInnen eingerichtet werden.

Für öffentliche und private Investitionen fordert *Pedro Nunes* eine gesetzliche Verzahnung des portugiesischen Klimaschutzgesetzes mit den Kriterien der europäischen Verordnungen über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen² und über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor³.

IV. Französisches Klimagesetz

Abschließend verwies Nunes auf das französische Klimagesetz, welches am Vortag der hier vorgestellten Lissabonner Konferenz vom Französischen Parlament verabschiedet wurde. Es beruht auf einem Entwurf der Klimaversammlung der BürgerInnen und beinhaltet u.a. einen Ausschluss von etwa einem Drittel der Autos in Städten mit mehr als 150.000 EinwohnerInnen und die Abschaffung von Inlandsflügen von weniger als 150 Minuten Dauer, was allerdings lediglich 2% der Flüge darstellt. Des Weiteren enthält es ab 2025 das Verbot, Wohnungen mit niedriger Energieeffizienz zu vermieten, und ab Juli 2023 ein Werbeverbot für fossile Brennstoffe. Es sieht vor, dass alle Schulkantinen mindestens einmal in der Woche eine vegetarische Mahlzeit anbieten müssen, dass die Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen klimaschützender auszurichten sind und dass alle Produkte mit einer Information über ihre Klimaschädlichkeit zu versehen sind.

C. Diskussion und Ausblick

Im Anschluss an die Vorträge nutzten die Teilnehmenden die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Themen zu vertiefen. So wurden u. a. CO₂-Steuern und -Abgaben dahingehend debattiert, inwieweit sie KonsumentInnen und/oder ProduzentInnen auferlegt werden sollen. Einigkeit bestand darin, dass es keine Subventionen mehr für die Verbrennung fossiler Brennstoffe geben solle, was zum Thema der für den 30. September vorgesehenen internationalen Konferenz über den Vertrag über die Energiecharta überleitete.

Informationen zu dieser und den weiteren Konferenzen zum Thema Klimaschutzrecht sind unter <https://autonoma.pt/category/eventos/> zu finden.

*Dr. Anja Bothe, Hochschullehrerin
an der Universidade Autonoma in Lissabon (UAL),
Carla Prino, Juristin,*

Dr. Pedro Nunes, Geophysiker und Umweltingenieur

² Verordnung (EU) 2020/852 des europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020.

³ Verordnung (EU) 2019/2088 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019.